



HESSISCHER LANDTAG

06. 12. 2011

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Entschließungsantrag der Fraktion der SPD

**betreffend Appell der Universitäten ernst nehmen -
Notprogramm jetzt!**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

1. Der Landtag ist der Auffassung, dass die hessischen Hochschulen in ihrem Appell an die Landesregierung vollkommen zu recht auf die veränderten Herausforderungen und die dramatische Unterfinanzierung der Universitäten aufmerksam gemacht haben.
2. Der Landtag sieht die Situation der hessischen Fachhochschulen als vergleichbar an. Auch sie sehen sich einem deutlichen Anstieg der Studienbewerber und Studierendenzahlen gegenüber.
3. Der Landtag kritisiert die fortwährende Sparpolitik der Landesregierung im Bildungsbereich - nach wie vor gelten Kürzungen bei den Hochschulen trotz überdeutlich gestiegener Studierendenzahlen.
4. Der Landtag ist der Auffassung, dass den hessischen Hochschulen mit einem Notprogramm für das Jahr 2012 ein Betrag von insgesamt 50 Mio. € zusätzlich zur Verfügung gestellt werden muss. Aus diesen Mitteln können die Hochschulen die für die Aufrechterhaltung eines qualitativ hochwertigen Lehrbetriebs erforderlichen Aufwendungen begleichen.
5. Der Landtag erwartet von der Landesregierung, dass sie in Zusammenarbeit mit den Hochschulen ein Konzept zur Ausweitung der Studienplatzkapazitäten um rund 20 v.H. (Referenzjahr 2010 entspricht 100 v.H.) erarbeitet und dessen Integration in die Leistungsorientierte Mittelzuweisung (LOMZ) sicherstellt. Hierbei sollen die Mittel aus dem Hochschulpakt 2020 des Bundes angerechnet werden.
6. Der Landtag erwartet von der Landesregierung, dass diese mit den hessischen Hochschulen in Gespräche über die Weiterentwicklung der LOMZ eintritt mit dem Ziel, schnellstmöglich zu einem System zu kommen, das über eine Stabilisierung und Stärkung des Grundbudgets gegenüber dem Erfolgsbudget die Hochschulen in die Lage versetzt, qualitätsvolle und bedarfsdeckende Lehrangebote für Studieninteressierte bereitzustellen. Dabei sind die unterschiedlichen Voraussetzungen und Bedingungen der einzelnen Hochschulen angemessen zu berücksichtigen

Wiesbaden, 6. Dezember 2011

Der Parl. Geschäftsführer:
Rudolph